

Ein Bild der Verdrängung und Verschüttung

Spurensuche in der Prinz-Albrecht-Straße, dem Ort, an dem NS-Verbrechen geplant wurden

Von Otto Jörg Weis (Berlin)

FR. 8.9.86

BERLIN (West), Anfang September 1986. Unkraut und Spontanvegetation überwuchern Trümmerberge und Sandhügel auf dem innerstädtischen Areal zwischen der Mauer und der Anhalter Straße, zwischen Wilhelm- und Stresemannstraße. Eine verluderte Gegend voller Gerümpel und Unrat. Zerbeulte Autoreifen dort, wo „Strapsharry's Autodrom“ bis vor kurzem fürs „Fahren ohne Führerschein“ geworben hat. Im aufgegrabenen Erdreich Stümpfe alter Mauern. Und mitten in dem Terrain ein Senator, der hier eine Pressekonferenz abhält, eigentlich nur, um immer wieder zu beteuern: Nichts werde geschehen an diesem Ort, jedenfalls nichts Einschneidendes und gar nichts Endgültiges.

Eine Momentaufnahme. Detail aus dem in den letzten Jahren deutlicher gewordenen Versuch, der jüngeren deutschen Geschichte näherzutreten in dieser Stadt. Achtzig Gedenktafeln und -stätten für Opfer der NS-Herrschaft hat die Stadtregierung dieser Tage einem Parlamentarier auf Anfrage aufgelistet, natürlich unvollständig. Über eine weitere Tafel am Reichstag mit den Namen der von den Nazis ermordeten Abgeordneten fehlt bloß noch die Entscheidung des Bundestagspräsidenten, ob auch die Parteizugehörigkeit der umgebrachten Parlamentarier — vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten — öffentlich vermerkt werden darf. Und der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen hat zum 1. September endlich die Absicht bekundet, jenes Schullandheim am Großen Wannsee 56 bis 58, in dem am 20. Januar 1942 die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen wurde, in eine Gedenk- und Begegnungsstätte umwidmen zu lassen; nach jahrelangem Drängen der Jüdischen Gemeinde, aber immerhin.

Nur hier, auf diesem zerwühlten und verwahrlosten Kreuzberger Areal, sind noch alle Bemühungen um Vergangenheits-„Bewältigung“ abgeprallt. Denn dort, wo heute auf der ehemaligen Prinz-Albrecht-Straße die Mauer steht, war vor vierzig Jahren Berlins fürchterlichste Adresse: Im Haus Nummer 8, der ehemaligen Kunstgewerbeschule, herrschte die Geheime Staatspolizei (Gestapo), darunter jahrelang auch Adolf Eichmann; im Haus Nummer 9 daneben, dem früheren Hotel Prinz Albrecht, hauste die Reichsführung der SS; um die Ecke in der Wilhelmstraße 102, im von Schinkel umgebauten Prinz-Albrecht-Palais, jener Sicherheitsdienst (SD) der Nazis, der die „allgemeinen Prinzipien“ des Terrors entwarf.

Hier saß „das Generalstabsquartier aller Verfolgungsinstanzen“, wie die Zeitzeugin Ursula von Kardorff in ihren Berliner Erinnerungen schreibt. In diesem Prinz-Albrecht-Komplex nistete, so der Literat Gerhard Schoenberger, „das Gehirn des Verbrechens. Von hier aus wur-

de die Jagd auf deutsche Antifaschisten und Widerstandskämpfer gelenkt, bevor noch der Krieg begonnen hatte. Hier saßen die Verantwortlichen für Dachau und Buchenwald, für Lidice und Oradour und die zahllosen russischen Ortschaften, von denen niemand spricht, weil es zu viele waren, um auch nur ihre Namen aufzuzählen; für alle Erschießungsstätten der jüdischen Bevölkerung von Babi Jar bis Kislodowsk und alle Vernichtungslager von Treblinka bis Auschwitz.“

Hier blickt in diesen Septembertagen West-Berlins Kultursenator Volker Hassemer (CDU), als er den Journalisten die Nicht-Entscheidung über die künftige Gestalt dieses Areals erläutert, immer wieder auf ein Dutzend Kränze am Boden der freigelegten Fundamente hinter der einstigen Adresse Prinz-Albrecht-Straße 8, auf die paar kleinen Blumensträuße dazwischen mit ihren zerknautschten Stengeln. Was sie bedecken, sind die Reste von Gestapo-Folterzellen. Von Verliesen, „als klebten Schreie an den Wänden“, wie Ursula von Kardorff 1944 nach einem Verhör notiert hat. Auch Hassemer hat diesen „schwierigen Ort“ einmal für formbar gehalten, vor zwei Jahren noch. Nun aber erklärt der 44-jährige, daß alle Bemühungen, einschließlich eines Architektenwettbewerbs, als „gescheitert“ zu betrachten seien; daß zur 750-Jahr-Feier Berlins im nächsten Jahr mehr als etwas Notdürftiges nicht zu erwarten sei; daß eine „schnelle Lösung“, um „dieses Thema endlich zu Ende zu bringen“, überhaupt nicht denkbar sei; mit einem „Denkmal“ schon gar nicht.

Eine Position von leiser Radikalität. Sie hält offen, sie quält weiterhin. Sie stellt sich quer zu den vielen Fluchtversuchen aus der Vergangenheit, wie sie so bezeichnend und überdeutlich abzulesen sind im Nachkriegsumgang mit eben diesem Areal. Es ist ja keineswegs ein Zufall gewesen, daß dieses Gelände 1945 nach der Befreiung vom Faschismus so ungeeignet als wilder Parkplatz genutzt werden konnte, einer Erdverwertungsgesellschaft als Schutthalde diente; daß am brüchigen Zaun ausgerechnet dieses Grundstücks jahrelang ungestört der Besitzer eines Etablissements für seine „Lachbühne“ werben konnte; daß das Bundesliegenschaftsamt, die Vermögensverwalterin des „Reiches“ also, unwidersprochen in den 50er und 60er Jahren die kriegsbeschädigten Ruinen einfach beiseite schaffen lassen konnte. „Abräumung von Verwaltungsgebäuden“, wie es damals hieß. „Auch die Zellenwände“, so Schoenberger, „dieses Häftlingskellers Prinz-Albrecht-Straße 8 mit den eingeritzten letzten Lebenszeichen der Besten unseres Volkes fielen der Zerstörungswut zum Opfer. Orte wie dieser werden überall in Europa als Reliquien gehütet, da man dort weder die Ermordeten noch die Mörder vergessen hat. Nicht so in diesem Land.“

Schnellstraßen sollten danach laufen über dieses Areal, Wohnblöcke entstehen des sozialen Wohnungsbaus, Bolzplätze für Kinder. Und die Vergangenheit dieses Areals wäre wohl in der Tat längst unter Beton begraben, hätten Ende der 70er Jahre nicht einige wenige Gehör gefunden mit ihrem Protest, weil — so der Stadtplaner Hardt-Walther Hämer — „dieser zentrale Ort unfassbar angefüllt ist vom Himmel bis zur Hölle und deshalb kein Nutz-Land mehr sein oder werden kann“.

Oder begraben unter Eisen. Denn als die Stadtregierung der Diskussion um dieses Areal nun wirklich nicht mehr auszuweichen vermochte, da schob sie 1982 die Sache einem Architektenwettbewerb zu. Der sollte ein „Mahnmal“ bringen, „angemessen und würdig“ in der Form, und an gleicher Stelle einen „Ort der Erholung“ für die arbeitenden Menschen aus der Südlichen Friedrichstadt. Etwas Erhabenes und etwas Praktisches zugleich jedenfalls. Keine der 193 eingereichten Arbeiten vermochte die Jury seinerzeit zu überzeugen. Der Ort entzog sich noch immer jedem ästhetischen Zugriff. Der Preis ging schließlich an zwei Bewerber, die das gesamte Terrain „versiegeln“ wollten mit Platten aus Gußeisen voller Dokumente des SS-Terrors. Im Sturm von Betroffenen und Interessenten ging diese Verschlußsache NS-Faschismus schnell unter. Eine Verwirklichung ist heute nicht mehr denkbar.

Fast überhaupt nichts mehr hat sich seitdem als denkbar erwiesen. Die Folterkeller sind freigelegt, die Fundamente an der Straßenflucht zur einstigen Prinz-Albrecht-Straße sind jetzt sichtbar; Reste von Sanitärräumen. An der Wilhelmstraße ist ähnliches vorgesehen, für die 750-Jahr-Feier soll das Gebäude „provisorisch“ ein bißchen hergerichtet werden, mit einem „provisorischen“ Ausstellungsgebäude. Ein von dem Erdverwertungsbetrieb hinterlassener Schuttberg soll liegenbleiben, als Aussichtspunkt bis über die Mauer und als Hinweis auf vierzig Jahre Verdrängung und Verschüttung.

Den besten Überblick über das gesamte Areal wird man im kommenden Jahr vom benachbarten Martin-Gropius-Bau aus haben. Dort findet die zentrale Ausstellung zum Stadtjubiläum statt. Wenn man aus den großen vier Fenstern jener Räume blickt, die die Rolle der Stadt im Faschismus widerspiegeln sollen, wird der Blick auf ein Gelände fallen, das gerade erst in seinen Umrissen „zurückhaltend“ (Hassemer) überhaupt wieder sichtbar sein wird. Beherrschen wird das Blickfeld noch immer der gewaltige Trümmerhaufen. Ein Schild im Vordergrund wird darauf hinweisen, was an diesem schwierigen deutschen Ort noch immer betrieben wird: „Spurensuche“.